

Atompolitisches Forum zur besseren Vernetzung der Grünen Atompolitik

Vorschlag der BAG Energie

Wir schlagen dem Bundesvorstand vor, regelmäßig ein *atompolitisches Forum* einzuberufen, auf dem aktuell anstehende Fragen in diesem Politikbereich sowie strategische Überlegungen besprochen und koordiniert werden. An diesem Forum wären neben dem Bundesvorstand die Bundestagsfraktion, Verantwortliche aus Länderministerien, welche die Atomaufsicht wahrnehmen, auf Wunsch Vertreter*innen der jeweils betroffenen Landtagsfraktionen sowie Vertreter*innen der für Atompolitik zuständigen Fach-AG (BAG Energie) zu beteiligen.

Bei sechs Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen.
Freitag, 31.03. 18:50 Uhr

Begründung:

Die Grünen sind unter anderem aus der Anti-Atombewegung in Deutschland entstanden und waren etliche Jahre lang dadurch stark geprägt. Die Wechselseitigkeit von Bewegung und Politik war ein wichtiger Grund dafür, dass sich in Deutschland ein inzwischen bis 2022 absehbares Ende der nuklearen Stromerzeugung durchgesetzt hat. Damit sind aber drängende Fragen der Atompolitik keineswegs „aus dem Spiel“. Viele Fragen und Konflikte stehen in den nächsten Jahren weiter auf der Tagesordnung. Hier ist weiterhin ein starkes Engagement der Grünen insgesamt gefragt.

Innerhalb der Grünen haben sich, auch aufgrund politischer Erfolge, die Gewichte verlagert. In einigen Bundesländern steht die Atomaufsicht unter Grüner Federführung, Grüne tragen in diesen Ländern unmittelbar Verantwortung für die praktizierte Atompolitik. Die Bundestagsfraktion organisiert Fachgespräche zu wichtigen Themen, ungelösten Problemen und Konflikten in diesem Bereich.

Stark abgenommen hat jedoch die ehrenamtliche „Basis“-Aktivität der Grünen zu atompolitischen Fragen. Zwar steht es selbstverständlich allen Grünen Mitgliedern und Formationen frei zu entscheiden, in welchen Politikfeldern sie sich engagieren. Ein geringes „Basis“-Engagement stellt aber für eine Partei ein Problem dar, wenn sie – wie die Grünen – nicht nur eine ihrer Wurzeln in der Atombewegung hat, sondern das ihrem Selbstverständnis nach noch heute so sieht. Hinzu kommt, dass drängende Herausforderungen und Konflikte im Bereich „Atom“ zu denen wir als Grüne Stellung beziehen und handeln müssen, in den kommenden Jahren keineswegs abnehmen. Im übrigen muss der - zwar per Gesetz beschlossene – Atomausstieg (fünf AKW allein in der folgenden Legislaturperiode) auch wirklich durchgesetzt werden – um von nötigen Beschleunigungen, die mit gutem Grund z.B. bei Gundremmingen eingefordert werden, zu schweigen. Es reicht für uns Grüne nicht, den Umgang mit den atompolitischen Herausforderungen vertrauensvoll an Länderminister und Abgeordnete zu delegieren.

Es ist nötig und überfällig, Grüne Atompolitik unter den verschiedenen Akteuren – Bundesvorstand, Länderregierungen, Abgeordnete, Basisvertreter*innen - besser zu kommunizieren und zu koordinieren. Gegenwärtig sieht es so aus, dass in den betroffenen Bundesländern und Ebenen zu viel nebeneinander gearbeitet wird, Absprachen, Meinungsbildung und Entscheidungsvorbereitungen eher informell erfolgen, während die –

leider schwindende – Basis der an Atompolitik interessierten Mitglieder ohne regierungspolitisches Amt oder Mandat weitgehend außen vor bleibt.

Wir meinen aus allen diesen Gründen, dass die Bildung eines Atom-Forum sinnvoll ist, um die Kooperation in der Atompolitik und die Verankerung gemeinsamer Anliegen und damit die Handlungsfähigkeit und Innen- wie Außenwirkung unserer Partei zu verbessern.